



Niederschrift

22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 25.11.2009
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr Dr. Wegewitz, Hagen	SPD	bis ca. 18:45 Uhr
Herr Lehmann, Peter	CDU/ANW	
Herr Rietz, Klaus	CDU/ANW	
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei	

Nicht anwesend ist:

Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	entschuldigt
------------------------	---------	--------------

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Dr. Magdowski , GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Herr Klipp, GB 4
Herr Kube, Gruppe Die Andere
Herr Paffhausen und Herr Böhme, SWP
Frau Schäfer, Ombudsfrau zum TOP 8
Frau Strotzer, GB 1
Frau Rademacher, Rechnungsprüfungsamt
Frau Krusemark, SB Recht
Frau Kosel, Personalrat
Herr Graumann, GB 4
Herr Ernst, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt sowie Herr Dr. Mestwerth Rechtsanwalt
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11. November 2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 2 Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts
Vorlage: 09/SVV/0536
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

- 2.1 Mitteilungsvorlage - Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts
Vorlage: 09/SVV/1108
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

- 3 Verbesserung der Zusammenarbeit mit Potsdam-Mittelmark
Vorlage: 09/SVV/0960
Fraktion DIE LINKE
zur Erledigung

- 4 Mehr Transparenz am Luftschiffhafen
Vorlage: 09/SVV/0984
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

- 5 Stromanschluss für das Blockheizkraftwerk der Wohnungsbaugenossenschaft 1903
Vorlage: 09/SVV/0979
Gruppe Die Andere
zur Erledigung

- 6 Berufung eines neuen Naturschutzbeirates
Vorlage: 09/SVV/1023
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

- 7 Pflegestützpunkt in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/1025
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

- 8 Bestellung der Ombudsfrau
Vorlage: 09/SVV/1062
Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt

- 9 Genehmigung einer Dienstreise
Vorlage: 09/SVV/1085
Oberbürgermeister

- 10 Verständigung zum Badstandort

- 11 Mitteilungen der Verwaltung
- 11.1 Sicherung des Fahrländer Sees und des Groß Glienicker Sees
Vorlage: 09/SVV/1004
Oberbürgermeister, Servicebereich Recht
- 12 Sonstiges

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11. November 2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind alle 13 Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 21. Sitzung des Hauptausschusses vom 11. November 2009 bittet Herr Naber, auf der Seite 3, letzte Zeile, vor „demokratische Elemente“ das Wort „direkte“ einzufügen.

Die Niederschrift wird mit dieser Ergänzung mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung bittet der Oberbürgermeister, den Punkt 4, DS 09/SVV/0984 – Mehr Transparenz am Luftschiffhafen – zurückzustellen, da Herr Müller-Zinsius und Herr Klemund, an der Teilnahme gehindert seien.

In Erweiterung der Tagesordnung werde es unter dem Punkt „Mitteilungen der Verwaltung“ eine Verständigung zum Anliegen des Deutschen Kinderschutzbundes sowie eine Information zur Stellenausschreibung der Leitung des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt geben.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 2 Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts Vorlage: 09/SVV/0536

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

Herr Exner verweist auf die letzte Sitzung des Projektteams Bürgerhaushalt am 29.10.2009 und die Behandlung des genannten Antrags der Gruppe Die Andere. Im Ergebnis dessen seien aber noch viele Aspekte unklar geblieben, die genauer definiert werden müssen, wie z. B. haushaltsrechtliche Fragen. Das Ergebnis der Diskussion ist der ausgereichten Mitteilungsvorlage als Anlage beigefügt. Für die nächste Runde des Projektteams Bürgerhaushalt werde man die Schlussfolgerungen aus dem Bürgerhaushalt 2009 ziehen und in diesem Zusammenhang für die Diskussion des Bürgerhaushalts 2010 einen Punkt „Kiezvorschläge“ mit aufnehmen. Da die Gruppe Die Andere insbesondere kleinteilige Maßnahmen abdecken wolle, empfehle er, den Antrag in der vorliegenden Form abzulehnen. Herr Kube erwidert darauf, dass er keinen Widerspruch zwischen den Ausführungen von Herr Exner und dem Anliegen des Antrags erkennen könne und auch

das Projektteam dem gegenüber nicht negativ eingestellt gewesen sei. Er könne sich vorstellen, den Antrag noch einmal zu präzisieren und in einer Art Pilotprojekt erneut einzubringen. Er fragt nach, ob die „Kiezvorschläge“ eine Vorstufe zum Anliegen des Antrags der Gruppe Die Andere sei. Darauf entgegnet der Oberbürgermeister, dass dies eher eine Alternative darstelle, die Bestandteil der Diskussion des Bürgerhaushalts werden solle. Er unterstützt den Vorschlag von Herrn Kube, den ursprünglichen Antrag zu präzisieren.

Herr Dr. Scharfenberg betont Bezug nehmend auf das Protokoll der Sitzung des Projektteams, dass die darin enthaltenen positiven Signale bewahrt werden sollten und in der Perspektive ein Quartiersmanager durchaus möglich sei. Deshalb solle das mit der nächsten Diskussion des Bürgerhaushalts in geeigneter Form auf den Weg gebracht und das jetzt schon vorbereitet werden. Solange sollte der Antrag zurückgestellt und am Ausgangspunkt „drangeblieben“ werden.

Der Oberbürgermeister betont, dass für das Jahr 2010 Kiezvorschläge gesammelt und zugeordnet und darauf schon im Vorfeld aufmerksam gemacht werden sollte. Wie in den vergangenen Jahren werden die Vorschläge im Zuge der Haushaltsdiskussion bewertet und anschließend festgestellt, was möglich sei und was nicht.

Herr Exner macht darauf aufmerksam, dass das Verfahren zum Bürgerhaushalt über die Jahre immer weiter entwickelt wurde, was auch für diesen Vorschlag jetzt gelte. Er fordert die Gruppe Die Andere auf, im Projektteam mitzuarbeiten und einen umsetzbaren Vorschlag zu unterbreiten. So müsse z. B. genauer definiert werden, was Quartiersfonds überhaupt beinhalten und das gehe gemeinsam im Projektteam am besten.

Frau E. Müller verweist darauf, dass im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ Gelder zur Verfügung gestellt werden und kleinteilige Maßnahmen von den Bürgern vor Ort dazu vorgeschlagen werden können.

Herr Naber führt aus, dass er im Projektteam ein diesbezügliches Pilotprojekt vorgeschlagen habe, worauf es aber keine Resonanz gegeben hätte. Im Ortsbeirat Groß Glienicke sei das exemplarisch schon gelaufen, so dass man das im Rahmen der Auswertung weiter vertiefen könne.

Der Oberbürgermeister gibt die Stellungnahmen der einzelnen Ortsbeiräte zur Kenntnis und schlägt im Ergebnis der Diskussion vor, so genannte „Kiezvorschläge“ für den Bürgerhaushalt 2011 zu sammeln. Die Antragstellerin solle darüber nachdenken, ob damit dem Anliegen Rechnung getragen werde oder nicht oder der Antrag zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal besprochen werden solle.

zu 2.1 Mitteilungsvorlage - Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts

Vorlage: 09/SVV/1108

Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

siehe TOP 2

zu 3 Verbesserung der Zusammenarbeit mit Potsdam-Mittelmark

Vorlage: 09/SVV/0960

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Vorlage ein.

Der Oberbürgermeister betont, dass kaum eine Woche vergehe, in der er nicht mit dem Landrat zusammentreffe. Darüber hinaus gebe es unterschiedlichste Möglichkeiten der Zusammenarbeit, so z. B. mit der Straßenverkehrsbehörde, der Bußgeldstelle und der Ausländerbehörde. Neben dem Abstecken von Zielen sei

auch ein fachbezogener Informationsaustausch, z. B. der gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle und dem gemeinsamen Pflegekinderdienst, dem Rettungsdienst und dem Brandschutz Gegenstand der Zusammenarbeit. Es gebe also vielfältige Formen der Zusammenarbeit, die sehr gut funktionieren. Seitens der Verwaltung strebe man deshalb keine weiteren Kooperationsformen an; sollte sich das Anliegen allerdings auf die politische Ebene beziehen, müsse das auch so formuliert werden.

Herr Schubert betont, dass es bereits in der letzten Wahlperiode einen ähnlichen Beschluss gegeben habe, der seitens der Stadtverordnetenversammlung aber nicht mit Leben erfüllt worden sei. Als Grundlage der weiteren Diskussion solle eine Zusammenarbeit zwischen Hauptausschuss und Kreisausschuss dienen sowie die Formulierung der Strategie dieser Zusammenarbeit. Das aber nicht als Aufgabe des Oberbürgermeisters, sondern der Stadtverordnetenversammlung, so dass deren Vorsitzender die Einladung aussprechen müsse.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters betont Herr Dr. Scharfenberg, dass mindestens 80 % der genannten Beispiele zwingende Formen der Zusammenarbeit seien. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE gehe darüber weit hinaus. Außerdem bezweifle er, dass die positive Darstellung der Zusammenarbeit den Realitäten entspreche, was er zur letzten Sitzung bei der Diskussion zum Marketingkonzept bereits angemerkt habe. Das Anliegen des Antrags sei allein mit einem Treffen von Haupt- und Kreisausschuss nicht erfüllt.

Herr Schubert bringt anschließend folgenden Änderungsantrag ein:

Der Vorsitzende des Hauptausschusses lädt den Kreisausschuss zu einer gemeinsamen Sitzung ein.

Danach, so Herr Schubert, solle abgewartet werden, wie sich etwas entwickle. Daran anknüpfend fordert der Oberbürgermeister die konkrete Benennung der Themen, die in einer solchen gemeinsamen Sitzung behandelt werden sollen, bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 09.12.2009. Herr Dr. Scharfenberg erklärt sein Einverständnis zu diesem Änderungsantrag, weil es Anliegen seiner Fraktion sei, etwas zu bewegen. Gleichzeitig fordert er seinerseits den Oberbürgermeister auf, ebenso Themenvorschläge zu unterbreiten. Frau Dr. Müller empfiehlt, den genannten Termin zu verschieben und das Thema in den Ausschüssen zu beraten. Für die Jugendarbeit z. B. gebe es Ansatzpunkte, aus denen sich Themen für diese gemeinsame Sitzung entwickeln können.

Der Oberbürgermeister greift diesen Vorschlag auf und schlägt vor, das Anliegen im März erneut auf die Tagesordnung zu nehmen und einen Themenkatalog zusammenzustellen. Bis dahin solle den Ausschüssen Gelegenheit gegeben werden, das Thema zu erörtern. Nach Verständigung mit Herrn Dr. Scharfenberg wird er die Ausschüsse informieren und die Themen sammeln.

Die von Herrn Schubert geänderte Fassung wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Vorsitzende des Hauptausschusses lädt den Kreisausschuss zu einer gemeinsamen Sitzung ein.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

- zu 4 Mehr Transparenz am Luftschiffhafen**
Vorlage: 09/SVV/0984
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

zurückgestellt

- zu 5 Stromanschluss für das Blockheizkraftwerk der Wohnungsbaugenossenschaft 1903**
Vorlage: 09/SVV/0979
Gruppe Die Andere

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Böhme von der EWP und bittet ihn, zum vorliegenden Antrag Stellung zu nehmen. Herr Böhme informiert über die Entwicklung des Blockheizkraftwerkes und der Erarbeitung von 3 Varianten für den Anschluss an das Stromnetz, die der Wohnungsbaugenossenschaft unterbreitet worden seien. Nachdem sich diese für eine der Varianten entschieden habe, erfolgte auf ein entsprechendes Schreiben der EWP an die Genossenschaft keine Reaktion mehr. Nach Erscheinen des Zeitungsartikels habe die EWP erneut Kontakt mit der Genossenschaft aufgenommen, wobei festgestellt worden sei, dass ein von der Genossenschaft beauftragtes Ingenieurbüro die Informationen nicht weitergegeben habe. Daraufhin haben sich EWP und Genossenschaft für eine direkte Zusammenarbeit entschieden und letztere werde die Problematik für das nächste Jahr auf die Agenda setzen, so dass alle Hindernisse ausgeräumt seien.

Herr Kube **zieht** den Antrag namens der Gruppe Die Andere **zurück**.

- zu 6 Berufung eines neuen Naturschutzbeirates**
Vorlage: 09/SVV/1023
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die nachfolgend benannten Kandidaten für die neue Amtsperiode des Naturschutzbeirates gemäß § 62 Abs. 2 Brandenburgisches Naturschutzgesetz (BbgNatSchG) vom 26. Mai 2004 (GVBl. I S. 350) in der aktuellen Fassung und § 2 Abs. 1 Naturschutzbeiräteverordnung vom 30. November 1993 (GVBl. II S. 769), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. November 2004 (GVBl. II/04 S. 891), zu berufen:

Herr Burkhard Voß
Herr Dr. Rüdiger Knösche
Herr Dr. Matthias Kühling
Herr Uwe Peschke
Herr Steffen Zahn
Herr Helmut Querhammer
Herr Michael Zerning

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 7 Pflegestützpunkt in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 09/SVV/1025

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau E. Müller bringt die Vorlage ein und beantwortet die Nachfrage von Frau Dr. Müller, welche Konsequenzen nicht mehr fließende Mittel und eine Kündigung nach sich ziehen würden. Sie verweist darauf, dass es sowieso Aufgabe der Kommune sei, einen Pflegestützpunkt einzurichten und das Risiko insofern gering sei. Diese Form sei gewählt worden, um für die Potsdamer Bürger Synergien zu entwickeln.

Der Hauptausschuss beschließt:

Errichtung eines Pflegestützpunktes in der Landeshauptstadt Potsdam mit den Pflegekassen des Landes Brandenburg (Errichtungsbeauftragte Pflegekasse: IKK).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 8 Bestellung der Ombudsfrau

Vorlage: 09/SVV/1062

Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt

Der Oberbürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Schäfer als potentielle Kandidatin für die Bestellung zur Ombudsfrau. Er verweist in seinen anschließenden Ausführungen auf die intensive Auseinandersetzung mit der Thematik seit dem Jahr 2002 und die Notwendigkeit, 2008 die Antikorruptionsstelle neu zu strukturieren, da sich die Ansiedlung im Bereich Personal als ungünstig erwiesen habe. Im Ergebnis dessen sei eine neue Dienstanweisung erlassen und mit Frau Rademacher eine neue Antikorruptionsbeauftragte bestellt worden. Darüber hinaus sei es aber auch wichtig, eine Institution zu installieren, die nicht dem Oberbürgermeister unterstellt, sondern unabhängig ist.

Nach einer Ausschreibung und neun Bewerbungen sei Frau Schäfer als diejenige hervorgegangen, die diese Aufgabe wahrnehmen könne, da sie eine entsprechende berufliche Laufbahn absolviert und ein profundes Wissen dafür aufweise. Wenn es die Zustimmung des Hauptausschusses gebe, werde Frau Schäfer ab dem 01.12.2009 als Ombudsfrau bestellt und von der Stadt bezahlt, ohne weisungsgebunden zu sein. Bei einem Korruptionsverdacht könne sich jeder Mitarbeiter an Frau Schäfer wenden, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Das treffe auch zu, wenn es Verdachtsmomente „von außen“ gebe.

Anschließend stellt sich Frau Schäfer vor und beantwortet die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder. Bezüglich der Nachfrage von Frau Dr. Schröter, auf welchem Wege sie erreichbar sei, verweist Frau Schäfer auf die zu veröffentlichen Kontakte im Internet und Intranet der Stadt Potsdam. Dafür werde es eine gesonderte Telefonnummer und eine geschützte Mailadresse geben. Um den Sachverhalt erörtern und letztlich einschätzen zu können, favorisiere sie das persönliche Gespräch. Sie sehe sich als „Filter“, denn oftmals sei es nur „ein Gefühl, das da etwas sein könnte“, was hinterfragt und dann eben „gefiltert“ werde. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Magdowski zu möglichen Schadensersatzforderungen erläutert Frau Schäfer, dass es zum einen den Anfangsverdacht gebe und wenn dieser mit entsprechenden Anhaltspunkten untersetzt werden könne, erfolge eine Information an die Stadt. Oder, es gebe keine tatsächlichen Anhaltspunkte, sondern Gerüchte – dann bleibe diese Information bei ihr und werde nicht wei-

tergegeben. Der Name des Hinweisgebers werde nicht freigegeben. Der Oberbürgermeister betont, dass es großer Erfahrung bedürfe, um dies einschätzen zu können; Frau Schäfer bringe diese auf Grund ihrer beruflichen Tätigkeit mit und agiere unabhängig von der Stadt, was er für sehr wichtig halte.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, wie einerseits der vertrauliche Umgang mit diesen Sachverhalten gesichert werde und andererseits die Information der StVV zum richtigen Zeitpunkt erfolge, denn bestimmte Sachverhalte zu verschweigen, könne zu irreparablen Schäden führen. Frau Schäfer betont, dass dies im Einzelfall zu prüfen sei und auch vom Erkenntnisstand der Staatsanwaltschaft abhängen, da ansonsten die Gefahr bestehe, die Ermittlungen zu behindern.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass er auch hier über die profunden Kenntnisse der Materie von Frau Schäfer froh sei, um den Zeitpunkt abzuwägen. Gleichzeitig betont er die Schutzbedürftigkeit der Mitarbeiter und dass die Bestellung einer Ombudsfrau nichts damit zu tun habe, alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung unter Generalverdacht zu stellen.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Wegewitz zum Abrechnungsmodus und der Transparenz der Arbeit verweist Frau Schäfer darauf, dass ihre Arbeit nicht nach der Gebührenordnung für Rechtsanwälte abgerechnet werde und sie keine Mandate aus der Stadtverwaltung akquiriere, da sie ausschließlich Ombudsstellen betreue bzw. Firmen in diesen Fragen berate.

Der Hauptausschuss beschließt:

Um den Mitarbeitern/innen der Landeshauptstadt Potsdam, Bürgern und Unternehmen einen unabhängigen Ansprechpartner für die Aufnahme von Hinweisen auf Korruptionsverdacht zur Verfügung zu stellen, wird

Frau Elke Schäfer zur Ombudsfrau bestellt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit Frau Schäfer einen entsprechenden Vertrag zu schließen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 9 **Genehmigung einer Dienstreise**
Vorlage: 09/SVV/1085
Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Stellvertretend für den Oberbürgermeister nimmt der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Herr Peter Schüler an der Konferenz der Bürgermeister für den Frieden am 27.11. 2009 in Hannover teil.

Die Dienstreise wird gemäß § 8 der Entschädigungssatzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam genehmigt.

Abstimmungsergebnis:
Zustimmung: 12
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 10 Verständigung zum Badstandort

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die Debatte in der letzten Hauptausschusssitzung und die kommunizierte Übereinstimmung bezüglich der Funktion des Bades primär als Sportbad mit einer entsprechenden Qualität für den Aufenthalt für Familien. Zu den Standorten habe es unterschiedliche Bewertungen gegeben; letztlich seien als mögliche Varianten der Brauhausberg und das BUGA-Gelände benannt worden. In einer Veranstaltung am 27.11.2009 werde die Verwaltung die bisherigen Diskussionsergebnisse vorstellen und die Fragen der Bürgerinnen und Bürger beantworten.

Da sich die Fraktion SPD noch nicht abschließend zum Standort geäußert habe, bittet er Herrn Schubert um eine Stellungnahme. Herr Schubert begründet kurz die Entscheidung seiner Fraktion für den Standort BUGA-Gelände, der bereits in der Presse veröffentlicht worden sei.

Im Weiteren äußert Herr Dr. Scharfenberg, dass als Begründung für die Entscheidung der SPD die Forderung der Verbände nach 10 statt 8 Bahnen und der Bau eines neuen Bades ohne Schließzeit des alten in der Presse nachzulesen war. Er meine, diese Forderungen seien auch auf den Brauhausberg bezogen realisierbar, indem erst das Sportbad gebaut und dann die alte Halle geschlossen werde. Der Zuschnitt des Grundstücks müsse nur so gewählt werden, dass das Sportbad optimal gelegen sei. Im Weiteren verweist er auf einen Antrag der Fraktion DIE LINKE für die nächste Sitzung der StVV, vor der Entscheidung über den Standort eine Bürgerbefragung durchzuführen. Das mache auch Sinn im Zusammenhang mit dem Bürgerhaushalt, denn man könne eine solch wichtige Entscheidung nicht davon ausnehmen. Abschließend fragt er nach, wie die Veranstaltung am 27.11. beworben worden sei.

Der Oberbürgermeister verweist auf entsprechende Pressemitteilungen, die am 27.11. noch einmal wiederholt werden und bittet auch die Fraktionen, diese Information weiterzutragen. Darüber hinaus stehe er auch im Nachgang zu dieser Veranstaltung für dezentrale Veranstaltungen zur Verfügung. Abhängig von der Diskussion in der Sitzung der StVV am 02.12.2009 werde durch die Verwaltung eine Beschlussvorlage für die Sitzung am 27.01.2010 vorbereitet, die als Standort das BUGA-Gelände beinhalte, einen entsprechenden Kostenrahmen und eine klimaverträgliche Versorgung des Bades mit Energie. Damit seien sowohl die Rahmenbedingungen und als auch der Zeitrahmen klar definiert.

Bezug nehmend auf die Begründung für die Entscheidung der Fraktion SPD betont Herr Schubert, dass nicht nur die Forderung der Verbände, sondern auch die Verwertung des Restgrundstücks am Brauhausberg entscheidend sei. Würde man dem Vorschlag der LINKEN folgen, wäre eine Erweiterung zu einem späteren Zeitpunkt nicht möglich. Außerdem habe auch die Barrierefreiheit eine Rolle gespielt.

Herr Lehmann empfiehlt, sich nicht auf das Sportbad festzulegen, sondern auf die wirtschaftlich optimalste Lösung, egal in welcher Konstellation – aber am Standort BUGA-Gelände. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass in der Diskussion das Sportbad auch wegen der Finanzierung favorisiert worden sei, was eine Erweiterung zu einem späteren Zeitpunkt nicht ausschließe.

zu 11 Mitteilungen der Verwaltung

zu 11.1 Sicherung des Fahrländer Sees und des Groß Glienicker Sees Vorlage: 09/SVV/1004

Oberbürgermeister, Servicebereich Recht

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass die Mitteilungsvorlage ein trügerisches Ge-

fühl der Sicherheit vermittele, vor allem wenn man in der heutigen Pressemitteilung lese, dass der Verkauf der Seen weiter fortgesetzt werde. Somit entspreche der mitgeteilte Sachstand wohl nicht den Realitäten. Insbesondere beim Fahrländer See sollte die Verwaltung „dran bleiben“.

Herr Exner betont, dass die Kommunalisierung aber auch nicht die angestrebte Lösung sein könne. Davor, so meine er, stehe die Forderung an den Bund, die Seen nicht zu privatisieren, aber auch nicht zu kommunalisieren. Es sei falsch, die Kommunen zu zwingen, dringend benötigte Gelder dafür aufwenden zu müssen. Bei der Zuordnung der Flächen im Jahr 1990 wollte der Bund diese unbedingt wegen der angeblichen Sicherung der Wasserstraßen haben – das sei absolut subsidiär. Die BVVG sei aufgefordert, sich zu äußern und den Kommunen ein grundbuchrechtliches Vorkaufsrecht einzuräumen.

Herr Wartenberg macht darauf aufmerksam, dass die Zuwegung von Fahrland aus zum See gesichert werden müsse. Der Ortsbeirat habe entsprechende Beschlüsse zum Erwerb des einzigen noch möglichen Grundstücks gefasst. Wenn das nicht erfolge, nutze der See der Allgemeinheit gar nichts, denn er sei nicht mehr erreichbar.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass dieses Thema vor der Wahl schon einmal eine Rolle gespielt habe und die Zusicherung bestand von mehreren Seiten, den See zu kaufen - die dafür notwendigen Sicherungsmaßnahmen werden aus seiner Sicht aber in keinster Weise betrieben.

Der Oberbürgermeister weist diesen Vorwurf entschieden zurück und betont nachdrücklich, dass die Stadt, so lange sie es vermeiden könne, den See zu privatisieren oder zu kaufen, dies auch verfolgen werde, um nicht noch mehr Geld für solche Dinge ausgeben zu müssen. Die jetzige Diskussion sei ausgesprochen kontraproduktiv.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

neu Verständigung zum Schreiben des Vorstandsvorsitzende des Deutschen Kinderschutzbundes

Der Oberbürgermeister informiert über das Anliegen des Deutschen Kinderschutzbundes, die Rechte der Kinder in der Hauptsatzung festzuschreiben und eine Stelle für eine/n Kinderschutzbeauftragte/n einzurichten.

Frau Dr. Müller verweist darauf, dass sie diese Verständigung im Hauptausschuss initiiert habe, um zu diesem Thema keine politischen „Grabenkämpfe“ zu führen. Aus ihrer Sicht würde für beide Anliegen die Möglichkeit bestehen. Herr Naber betont, dass eine Verständigung in der Fraktion Grüne/B 90 noch nicht stattgefunden habe. Da dieses Anliegen im vergangenen Jahr schon einmal eine Rolle gespielt habe, wolle seine Fraktion die Diskussionsergebnisse dazu in die Verständigung mit einbeziehen.

Der Oberbürgermeister meint, dass eine Aufnahme in die Hauptsatzung eher proklamatorischen Charakter habe. In der Stadt gebe es zahlreiche Aktivitäten bezüglich der Berücksichtigung von Kinderinteressen. Die Stadt verfüge über einen gut funktionierenden Jugendhilfeausschuss, ein Kinder- und Jugendbüro, sei kinderfreundlichste Stadt – das alles seien Institutionen, die Kinderinteressen vertreten. Er meine, hier würde eine Diskussion „losgetreten“, die hinterher nicht einzufangen sei, denn dann könne man auch Seniorenrechte nicht aussparen. An eine Verbesserung durch die Aufnahme in die Hauptsatzung glaube er nicht.

Herr Schubert meint, dass das Geld für eine extra zu schaffende Stelle besser in bestimmten praktischen Maßnahmen angelegt sei. Er könne sich, ins „Unreine“ gesprochen, noch vorstellen, die Stelle des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt damit zu beauftragen.

Herr Dr. Scharfenberg unterstreicht, dass jetzt keine Entscheidung getroffen werden müsse, es aber wünschenswert sei, das zumindest zu prüfen – auch unter Berücksichtigung der schon laufenden Aktivitäten. Das Ergebnis solle Anregung für eine weitere Diskussion sein, denn sonst bleibe man stehen. Wir machen schon genug, könne nicht gelten, denn genug werde nie gemacht.

Frau Dr. Müller betont, dass es einer kinderfreundlichen Stadt gut zu Gesicht stehe, das, was die Arbeit trage, auch in der Hauptsatzung festzuschreiben.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Diskussion in den Fraktionen fortzusetzen und das Thema bei Gelegenheit wieder aufzurufen, erhebt sich kein Widerspruch.

neu Ausschreibung der Leitung des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt

Der Oberbürgermeister informiert über die Neubesetzung der Leitung des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt und darüber, dass Frau Scheuerer sich beruflich verändern wolle und somit für diese Position nicht mehr zur Verfügung stehe. Die Ausschreibung und Neubesetzung werde so erfolgen, dass ein nahtloser Übergang gewährleistet werde. Auf Nachfrage bestätigt der Oberbürgermeister, dass es keine Veränderungen in der Eingruppierung geben werde.

zu 12 Sonstiges

Frau Dr. Müller verweist auf einen durch die Verwaltung ausgereichten Flyer zum neuen Gymnasium in Babelsberg, in dem alles, was am 02.12.2009 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden sollte, bereits als Status quo ausgewiesen werde. Sie fragt, wie das sein könne, dass vor Beschlussfassung eine derartige Information ausgereicht werde und das auch noch auf sehr hochwertigem Papier mit entsprechenden Kosten sowie wer das veranlasst habe. Frau Dr. Magdowski entgegnet, dass die Information der Eltern im Hinblick auf das laufende Anmeldeverfahren und auf der Grundlage des beschlossenen Schulentwicklungsplanes als notwendig erachtet wurde.

Frau B. Müller merkt an, dass die Verwaltung die Beschlussfassung in der StVV hätte abwarten und dann die Broschüre ausreichen können – das jetzige Verfahren sei nicht in Ordnung. Der Oberbürgermeister unterstreicht, dass mit dem Schulentwicklungsplan „das Gymnasium“ beschlossen worden sei und die Eltern Information und Klarheit für das Anwahlverfahren brauchen. Das, was jetzt zu beschließen sei, stehe im Grunde genommen im Schulentwicklungsplan.

Herr Schubert merkt an, dass die Verwaltung die eine Woche bis zur Beschlussfassung auch noch hätte warten können. Frau Dr. Müller betont, dass der zeitliche Aspekt nachzuvollziehen sei; einen Tag der offenen Tür vor dem 02.12.09 durchzuführen, halte sie allerdings für falsch. Ihre Kritik beziehe sich auf die fachlich inhaltlichen Aspekte und deshalb wolle sie wissen, auf welcher Grundlage diese vermittelt werden. Frau Knoblich schließt sich der Kritik an und meint, die Verwaltung hätte den Hauptausschuss über das Vorgehen informieren können. Wenn die fachlich inhaltlichen Aspekte so vermittelt worden seien, habe es eine Abstimmung mit dem staatlichen Schulamt gegeben, so dass diese nun endgültig seien. Mit einer Information im Vorfeld hätte es keine Irritationen gegeben.

Frau Dr. Magdowski bestätigt, dass das Verfahren nicht im Kontext mit der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02.12.09 stehe, für ihre Verwaltung aber, die rechtzeitige Information der Eltern noch vor den Weihnachtsferien Anlass zum Handeln gewesen sei. Jeder der Verfahrensschritte sei mit dem staatlichen Schulamt abgestimmt. Sie räumt ein, dass eine Information im Hauptausschuss die Irritationen hätten vermeiden können. Frau Engel-Fürstberger er-

gänzt, dass sonst die nicht rechtzeitige Information kritisiert werde; nun sei Frau Dr. Magdowski in die „Bresche“ gesprungen – drüber sollte man eher erfreut sein.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach vorliegenden Konkurrenzangeboten für die Ufergrundstücke am Griebnitzsee, den Ergebnissen der Gespräche mit den Vertretern von REWE und der geplante Zuordnung des Internats der Sportschule zum Luftschiffhafen.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er bezüglich des Ankaufs der Ufergrundstücke am Griebnitzsee im nicht öffentlichen Teil informieren werde und das Ergebnis der Gespräche mit REWE in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses an Hand konkreter Pläne dargestellt werde, u. a. auch aus städtebaulicher Sicht und in Bezug auf das Vorhaben „Mensa“.

Bezüglich der Zuordnung des Internats der Sportschule zum Luftschiffhafen antwortet Frau Dr. Magdowski, dass das gesamte Areal aus einer Hand besser gemanagt werden könne durch eine gute Verbindung von Schule und Internat mit Ansprechpartnern vor Ort. Das Internat sei das einzige „Stück“, was jetzt noch im Fachbereich Schule und Sport angesiedelt sei und deshalb gebe es die Überlegung des Managements aus einer Hand. Derzeit sei diese Überlegung im Machbarkeitsprüfverfahren und nicht mehr.